

KOMMUNAL- WAHLPROGRAMM

UNSER PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL
AM 13.09.2026

AfD Kreisverband Cuxland



Kreisverband
Cuxland

AfD



Inhalt

1. Bürgerbeteiligung stärken – Direkte Demokratie konsequent ausbauen	3
2. Für eine bürgerorientierte Verwaltung	4
3. Die Familien sind die Basis unserer Gesellschaft	5
4. Für bezahlbaren Wohnraum	6
5. Voraussetzung für ein gutes Bildungssystem schaffen	7
6. Eine bürgernahe Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherstellen	7
7. Eine bürgernahe Gesundheitsversorgung in der Stadt und im Land sicherstellen	11
8. Mittelstand und Handwerk	11
9. Mittelstand und Handwerk	13
10. Für eine selbstbestimmte und freie Mobilität	14
11. Unsere regionale Landwirtschaft stärken	14
12. Mehr Sicherheit und Ordnung in der Region	15
13. Umweltschutz und Heimatpflege	16
14. Ehrenamt und Vereinswesen unterstützen	16
15. Integration statt "Bunte Vielfalt"	17
16. Asyl	18
17. Solide Finanzen	19

1. Bürgerbeteiligung stärken – Direkte Demokratie konsequent ausbauen

Mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist eines der zentralen Ziele der AfD – für unser Land und vor allem für unsere Bürger. Solange jedoch keine grundlegenden Änderungen am Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) durch den Landtag erfolgen, bleiben kommunale Bürgerbefragungen das wichtigste Instrument, um den Bürgerwillen sichtbar zu machen. Diese müssen nicht nur durchgeführt, sondern auch ernsthaft berücksichtigt werden. Nur so lässt sich Politikverdrossenheit und wachsendem Desinteresse wirksam begegnen.

Wir setzen uns daher für folgende Punkte ein:

- **Aktive Unterstützung der Bürger durch die Verwaltung:**
Die Verwaltung ist verpflichtet, Einwohner bei Anträgen, Bürgerbegehren und Beteiligungsverfahren zu unterstützen. Diese Verpflichtung wollen wir konsequent einfordern und stärken.
- **Subsidiarität konsequent umsetzen:**
Politische Entscheidungen müssen möglichst nah am Bürger getroffen werden. Gemeinden sollen ihre Aufgaben eigenständig und ohne unnötige Einmischung durch Kreis- oder übergeordnete Ebenen wahrnehmen können. Die Orts- und Gemeinderäte im Landkreis Cuxhaven wollen wir stärken und mit erweiterten Mitspracherechten ausstatten.
- **Ablehnung ideologischer Fremdsteuerung:**
Die zunehmende Bevormundung der kommunalen Selbstverwaltung durch Landes-, Bundes- und EU-Politik lehnen wir entschieden ab. Insbesondere ideologisch motivierte Förderprogramme, die an den Bedürfnissen der Bürger vorbeigehen, dürfen nicht länger Grundlage kommunaler Entscheidungen sein.
- **Niedrigschwellige Beteiligungsformate ausbauen:**
Durch Bürgerbefragungen, digitale Beteiligungsplattformen und Bürgerhaushalte sollen die Einwohner stärker in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. In regelmäßigen Abständen wollen wir grundlegende Fragen – etwa zum Sicherheitsgefühl oder zur Lebensqualität – gemeinsam mit Städten und Gemeinden sowie unter Einbindung unabhängiger Sozialforscher erheben.
- **Bürgerinitiativen ernsthaft einbinden:**
Lokale Bürgerbündnisse und -initiativen sollen künftig stärker in die politische Willensbildung einbezogen werden. Bürgerengagement ist kein Störfaktor, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil lebendiger Demokratie.
- **Transparenz statt Hinterzimmerpolitik:**
Intransparenz und Absprachen hinter verschlossenen Türen haben das Vertrauen in die

Politik nachhaltig beschädigt. Wir wollen den Bürgern umfassende Informationsrechte einräumen und Transparenz in Behörden, Gremien und öffentlichen Unternehmen wiederherstellen. Dies soll durch eine verbindliche Informationsfreiheitsgesetz geregelt werden.

- Öffentlichkeit bei allen wesentlichen Entscheidungen:
Nichtöffentliche Tagesordnungspunkte zu richtungsweisenden Themen lehnen wir ab. Dies gilt insbesondere für finanz- und haushaltsrelevante Entscheidungen. Transparenz schafft Nachvollziehbarkeit bei Steuer- und Gebührenerhöhungen und fördert zugleich Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite.

2. Für eine bürgerorientierte Verwaltung

Die Bürger müssen den öffentlichen Dienst bezahlen. Daher haben sie einen Anspruch auf schlanke, effiziente und bürgernahe Verwaltungsstrukturen. Entscheidungen sollen dort vor Ort getroffen werden, wo der Entscheidungsbedarf entsteht. Wir wollen daher Verwaltungsabläufe und - Strukturen dezentralisieren.

- Wir wollen eine systematische Aufgabenkritik in unseren Verwaltungen etablieren um den ständigen Personalstellenzuwachs in der Kreisverwaltung einzudämmen. Ideologisch motivierte Verwaltungsstellen, wie den „Klimaschutzmanager“, lehnen wir ab.
- Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Abläufe zu beschleunigen.
- Wir verfolgen das Ziel, dass in der Kreisverwaltung sämtliche Behördengänge digital, das heißt sowohl mobil per App als auch über Internet-Browser, ermöglicht werden. Gerade bei Baugenehmigungen bietet die Digitalisierung enormes Potenzial zur Beschleunigung und Vereinfachung.
- Wir wollen verbindliche und transparente Bearbeitungsfristen und - Abläufe für Bürgeranträge etablieren, um die Qualität und die Bearbeitungszeiten für Bauanträge zu verkürzen.
- Schluss mit der Gendersprache! Die Verwaltungssprache darf sich nicht von der Alltagssprache der Bürger entfernen. Wir fordern, dass die Verwaltung auf Schreibweisen verzichtet, die durch die amtlichen Orthografie- und Rechtsschreibregelungen nicht gedeckt sind.
- Allen Tendenzen eines Multikulti in der Kreisverwaltung erteilen wir eine Absage. Alle Bewerber müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

- Kompetenz kennt keine Quote: Unabhängig von allen sonstigen „weichen“ Faktoren soll es bei Einstellungen primär auf die Fachkompetenz und nicht auf Herkunft, Geschlecht oder Parteibuch ankommen.

3. Die Familien sind die Basis unserer Gesellschaft

Die Familie aus, Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien in allen Kommunalpolitischen Themen. Alle kommunalen Leistungen müssen systematisch auf deren Familienfreundlichkeit geprüft werden. Zur erweiterten Familie gehören auch Groß- und Urgroßeltern. Wir wollen den Familienzusammenhalt stärken. Deswegen unterstützen wir die häusliche Pflege und Mehrgenerationen- Wohnformen.

Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragten zu Familienbeauftragten aufwerten

- Verwaltungsgebäude müssen mit öffentlich zugänglichen Wickel- und Stillräumen und Dienststellen mit Publikumsverkehr mit Kinderspielecken ausgestattet werden. Wir wollen mehr Informationsangebote über familienspezifische Leistungen der Kreisverwaltung unseren Bürgern zur Verfügung stellen.
- Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung) eingebunden und werden damit häufig von den Resort Interessen überlagert. Um die kommunale Familienpolitik im Landkreis Cuxhaven aufzuwerten, fordern wir die Einrichtung eines Familienausschusses.
- Wir unterstützen Familien, die ihre Kinder bis zum 3. Lebensjahr zu Hause betreuen, damit sie eine echte Wahlfreiheit zwischen familiärer Betreuung und staatlich subventionierter Fremdbetreuung haben. Neben dem Regelbetrieb wollen wir deshalb kurzfristige und ergänzende Betreuungs- und Erziehungsangebote für Kleinkinder schaffen. Tagesmütter- und Hebammenbetreuungsnetzwerke wollen wir stärken.
- Dem einseitigen Ausbau von Kita- Kapazitäten in den letzten Jahren muss nun eine Qualitätsoffensive folgen, die vorhanden Ressourcen und Grenzen der Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Betreuungssystems klar im Blick behält. Eine Dritte Kraft in den Kitas ist umfassend durch die Landesregierung zu 100% zu bezahlen. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, die bisherigen Versprechungen einzuhalten.
- Wir fördern eine aktive Baulandpolitik für Familien mit Kindern. Familien sollen bei der Flächenzuweisung bevorzugt werden. Außerdem befürworten wir Vergünstigungen bei der Baulandvergabe.

- Wir wollen günstigen Wohnraum für junge arbeitende Familien mit Kindern (4- Zimmer- Wohnungen) schaffen. Als Kriterium für die Zuschlagsvergabe für Mehrfamilienhaus- Bauträger soll die Schaffung von Intergenerativen Spiel- und Begegnungsflächen in die Bauleit- und Flächennutzungsplanung mit eingeplant werden.
- Wohnraummangel, das bröckelnde Alterssicherungssystem und der Fachkräftemangel in der Pflege machen Fördermodelle notwendig, die den mehrgenerativen Familienzusammenhalt stärken. Deswegen möchten wir Mehrgenerationenhaushalte fördern.
- Wir begrüßen die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen wie Tele- Arbeit, Home- Office und Gleitzeit zugunsten berufstätiger Eltern und Alleinerziehender. Wir verfolgen das Ziel, dass grundsätzlich jede Stelle in der Verwaltung auch in Teilzeit ausgeübt werden kann.

4. Für bezahlbaren Wohnraum

Die landesweite prekäre Wohnraumsituation hat den Landkreis Cuxhaven längst erreicht. Wir unterstützen grundsätzlich die Bemühungen im Kreis, zusätzlich zu den Landes- und Bundesförderung günstige und sozialverträgliche Mietwohnungen zu schaffen. Nach unserer Ansicht bedarf es aber einen gesunden Mix aus objekt- und subjektbezogener Wohnraumförderung um den Wohnungsmarkt zu entlasten. Deswegen wollen wir insbesondere Familien dabei unterstützen ihren Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Für Familien ist es immer schwerer, Bauland und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deswegen wollen wir das Wohnen im ländlichen Raum für diese preiswerter und attraktiver machen.

- Die Wohnnebenkosten müssen deutlich reduziert werden. Deswegen fordern wir, dass die Abfallwirtschaft im Landkreis Cuxhaven nach den gesetzlichen Vorgaben und zu möglichst niedrigen Gebühren organisiert wird. Das ab 2026 neue leerungsabhängige Gebührensystem und die damit folgende Erhöhung (z. b. 80Liter Tonne 44,86%) lehnen wir ab.
- Wir lehnen die Bevormundung durch Bauleitlinien ab, bei denen Eigentümer ideologische Vorgaben gemacht werden. Das betrifft beispielsweise die Vorgabe bestimmter Heiztechnologien und die Reduzierung der Anzahl wohnungsnaher Stellplätze für PKW.
- Die Ermessungsspielräume bei Planungsverfahren und Bauanträgen sind grundsätzlich im Sinne des Bürgers voll auszuschöpfen. Nicht alle Bauvorgaben sind durch Bundes- und Landesgesetze erzwungen. Daher wollen wir die Bauverwaltung verpflichten, ihre gemeindeeigenen Bauvorgaben zu durchforsten, um Vorgaben, die das Bauen unnötig verteuern, zu streichen.
- (Klima-) Ideologisch motivierte Bauvorschriften sollen ersatzlos gestrichen werden.

- Schluss mit den „Sicheren Häfen“: Der unbegrenzte Zuzug erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt. Um der Wohnraumverknappung, insbesondere im bezahlbaren Mietwohnbau entgegenzuwirken, muss der Migrationsdruck auf unseren Landkreis schnell beendet werden.

5. Voraussetzung für ein gutes Bildungssystem schaffen

Wir bekennen uns zum Humboldt'schen Bildungsideal und treten daher für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes und durchlässiges Schulsystem im Landkreis Cuxhaven ein. Die Rückkehr zu dem bewährten dreigliedrigen Schulsystem streben wir an. Bildungseinrichtungen sollen ein klares Bekenntnis zur deutschen Kultur und Lebensweise vermitteln.

- Kleine Grundschulen müssen erhalten bleiben. Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Hier müssen die kommunalen Schulträger im Sinne des Erhalts der Dorfschulen aktiv werden.
- Wir unterstützen für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Ein Digitalisierter Heimunterricht, wie zu Corona Zeiten, darf aber nur eine Ausnahme, nie die Regel sein.
- Wir setzen uns langfristig für die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und freies Schulesen für alle Kinder.
- Die kommunalen Schulträger sollen sich in besonderen Maße für den Erhalt der Förderschulen als eigenständigen Zweig in den allgemeinen Schulen einsetzen. Denn für uns ist es wichtig, dass Menschen mit Beeinträchtigung sich immer als Teil unserer Gesellschaft verstehen.
- Durch die zunehmende Zahl an Studenten wird der Fachkräftemangel zusehend verstärkt. Wir wollen gemeinsam mit dem Mittelstand und den Berufs- und weiterführenden Schulen eine Ausbildungsoffensive starten und Schüler langfristig an unseren Landkreis und die heimischen Betriebe binden.
- Vom Fachkräftemangel sind vor allem Handwerks-, Industrie- und Dienstleistungssektor betroffen. Um die Standortattraktivität und Lebensqualität in unserer Region zu sichern, brauchen wir deshalb gute duale Ausbildungsmöglichkeiten. Aus diesem Grund müssen wir die Berufsschulen mit zeitgemäßen Technologien und Prozessen ausstatten, um unsere Fachkräfte von Morgen zukunftsorientiert vorzubereiten.

6. Eine bürgernahe Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherstellen

Eine verlässliche, wohnortnahe Gesundheitsversorgung gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Niedersachsen befindet sich – besonders in ländlichen Räumen wie dem Cuxland – im strukturellen Umbruch: Der Landesgesundheitsbericht und Landesgesundheitsplan weisen seit Jahren auf drohende Unterversorgung bei Hausärzten, Pflege und Wohnraumanpassung hin.

Der Landkreis Cuxhaven muss aktiv handeln, um die Sicherstellung der Versorgung gemäß den gesetzlichen Vorgaben (SGB V, SGB XI) langfristig zu unterstützen.

Hausärztliche Versorgung nachhaltig sichern – auf Basis des Landesgesundheitsplans

Der Landesgesundheitsplan Niedersachsen betont ausdrücklich:

- Der Hausärztemangel verschärft sich im ländlichen Raum.
- Regionen wie Cuxhaven gelten als „gefährdet“ oder „potenziell unterversorgt“.
- Kommunen sollen regionale Versorgungskonzepte entwickeln, um dem entgegenzuwirken.

Darauf aufbauend fordern wir:

Kommunale Begleitung der Bedarfsplanung

Die Bedarfsplanung nach § 99 SGB V liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung – doch der Landkreis kann und soll aktiv mitwirken, indem er

- Daten liefert,
- Defizite benennt,
- Praxisnachfolgen unterstützt (z. B. Standortmarketing, Immobilienlösungen, Vernetzung).

Nutzung der Hausarztförderprogramme des Landes Niedersachsen

Das Land fördert bereits:

- Zuschüsse von 60.000–100.000 € für Niederlassungen in ländlichen Regionen,
- Studienplatzprogramme mit Landarztquote (Landesverordnung vom 24.11.2023),
- Förderung von Weiterbildungsverbünden Allgemeinmedizin.

Wir fordern, dass der Landkreis Cuxhaven diese Programme aktiv bewirbt, niedergelassene Ärzte unterstützt und gemeinsam mit der KV zusätzliche regionale Lösungen entwickelt.

Krankenhaus- und Notfallversorgung stärken – im Einklang mit Landesrichtlinien

Niedersachsen fordert im Gesundheitsplan sicherzustellen, dass:

- Notfallkapazitäten regional erreichbar bleiben,
- Krankenhausstandorte effizient und wirtschaftlich betrieben werden.

Wir setzen uns ein für:

Sicherstellung einer wohnortnahen Notfallversorgung - ein Krankenhausstandort im Cuxland muss so ausgestattet sein, dass Notfälle ohne lange Wege versorgt werden können.

Keine dauerhaften Kreiszuschüsse - Krankenhäuser müssen mittelfristig auf eigenen Füßen stehen – wirtschaftlich, aber nicht zulasten der Notfallversorgung.

Kommunale Unterstützung bei Kooperationsmodellen - Regionale Netzwerke (Praxen, Kliniken, Reha, Pflege) können Versorgung sichern, ohne neue Bürokratiemodelle.

Arbeitsgruppe „Kommunale Medizinische Versorgung“ – wie im Landesgesundheitsplan empfohlen

Der Landesgesundheitsplan betont die Notwendigkeit regionaler Gesundheitskonferenzen zwischen:

- kommunalen Entscheidungsträgern,
- KV Niedersachsen,
- Krankenhäusern,
- Pflegeakteuren,
- Selbsthilfegruppen.

Wir fordern eine permanente Arbeitsgruppe für das Cuxland, die:

- Versorgungsdaten zusammenträgt,
- Engpässe identifiziert,
- Handlungsempfehlungen erarbeitet,
- und regelmäßig dem Kreistag berichtet.

Pflege stärken – orientiert an SGB XI und dem Landespflegebericht Niedersachsen

Der Landespflegebericht zeigt:

- steigende Pflegebedarfe,
- Fachkräftemangel,
- Mangel an Kurzzeitpflege,
- Probleme bei häuslicher Versorgung.

Wir schlagen vor:

Vollständige Bestandsaufnahme aller ambulanten + stationären Anbieter

Dies schafft Transparenz und zeigt Lücken.

Einrichtung eines „Pflege-Scout-Systems“

Pflegescouts unterstützen Bürger bei Pflegefragen und Durchsetzung von Ansprüchen nach SGB XI.

Förderung regionaler Kurzzeitpflegeplätze

Besonders nach Krankenhausaufenthalten sind Übergangslösungen nötig.

Selbstbestimmtes Leben im Alter – durch Wohnraumanpassung stärken

Der Landesgesundheitsplan hebt hervor, dass barrierefreie Wohnungen ein Schlüssel zur Entlastung der Pflege sind.

Wir setzen uns ein für:

Beitritt des Landkreises zur BAG Wohnungsanpassung e.V.

Sodass Fachwissen, Fördermöglichkeiten und Beratungsstrukturen genutzt werden können.

Ausbau ehrenamtlicher Wohnberater

Beratung zur barrierefreien Umgestaltung

– nach § 40 SGB XI (wohnumfeldverbessernde Maßnahmen).

Regionale Gesundheitsinnovationen fördern

Der Landesgesundheitsplan empfiehlt ausdrücklich:

- digitale Gesundheitsangebote im ländlichen Raum,
- Telemedizin,
- mobile Versorgungsmodelle.

Wir schlagen vor:

- Förderung telemedizinischer Sprechstunden,
- mobile Hausarzt-/Pflege-Teams,
- digitale Termin- und Informationssysteme für Bürger.

Mit diesen Maßnahmen setzt die AfD im Landkreis Cuxhaven konsequent um, was das Land Niedersachsen selbst im Landesgesundheitsplan fordert:

- regionale Steuerung,
- wohnortnahe Versorgung,
- moderne Pflege,

- vernetzte Strukturen,
- und eine stabile Notfallversorgung.

7. Eine bürgernahe Gesundheitsversorgung in der Stadt und im Land sicherstellen

Wir wollen das Gesundheitssystem mit der Zielsetzung reformieren, dass eine am Mensch orientierte wohnortnahe medizinische Versorgung sichergestellt wird. In den nächsten Jahren droht eine erhebliche Unterversorgung an Hausärzten im Landkreis Cuxhaven. Das bedeutet, genau hinzuschauen, dass mit den Mitteln des Kreises das Ziel einer adäquaten Hausärzteversorgung erreicht und beibehalten wird.

- Wir stehen für eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung im Landkreis Cuxhaven und unterstützen eine Krankenhaus- Nahversorgung für Notfälle. Mittelfristig stehen wir für den Erhalt eines Krankenhaussystems, dass sich vollständig aus eigenen Mitteln ohne Zuschüsse des Landkreises Cuxhaven finanziert.
- Wir fordern eine Arbeitsgruppe „Kommunale medizinische Versorgung „einzurichten, in der Politik, Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenhäuser vertreten sind. In dieser Arbeitsgruppe sollen lokale Lösungsvorschläge für eine zukunftssträchtige ärztliche Nahversorgung erarbeitet werden.
- Wir streben eine Bestandsaufnahme der ambulanten und häuslichen Pflege im Landkreis Cuxhaven an. Eine Nachsteuerung bei evtl. Lücken, eine Verbesserung Standards und die Unterstützung bei der richtigen Umsetzung für den einzelnen betroffenen Bürger (z. b. Pflegescout etc.)sind unsere Ziele.
- Wir möchten unseren Bürgern ein langes selbständiges Leben im Alter ermöglichen. Neben der Stärkung der Häuslichen Pflege wollen wir die wichtige Arbeit ehrenamtlicher Wohnberater in den Fokus rücken. Um diese zu unterstützen und weiter zu qualifizieren, schlagen wir den Beitritt des Landkreises zur Arbeitsgemeinschaft Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung e. v. (BAG)vor .

8. Mittelstand und Handwerk

Der Mittelstand und das Handwerk sind zentrale Säulen unserer regionalen Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze sowie Versorgung und Innovation vor Ort. Eine wirtschaftsfreundliche Kommunalpolitik schafft Stabilität und Perspektiven für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- **Verwaltungsverfahren effizient und serviceorientiert gestaltet werden:**
Prüf- und Genehmigungsverfahren, Anhörungs- und Genehmigungsprozesse werden zügig abgewickelt, um Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen. Bürokratie soll auf das notwendige Minimum reduziert werden, digitale Antragstellungen ausgebaut und Serviceversprechen verbindlich gemacht werden – damit der Mittelstand nicht an Verwaltungsaufwand erstickt. Dies entspricht unserem Ziel, bürokratische Hürden für Unternehmen abzubauen.
- **Öffentliche Zahlungen schnell und zuverlässig erfolgen:**
Die Begleichung von Rechnungen für kommunale Leistungen und Aufträge soll zeitnah und verlässlich erfolgen, um Liquidität und Planungssicherheit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu gewährleisten.
- **Neue Gewerbeflächen gemeinsam geplant werden:**
Landkreis und Gemeinden sollen kooperativ geeignete Gewerbeflächen ausweisen – mit Blick auf Erreichbarkeit, Versorgung, Infrastruktur und Erschließung –, um Gründungen, Erweiterungen und Neuansiedlungen zu erleichtern.
- **Verkehrsinfrastruktur und Anbindung gestärkt werden:**
Eine gute verkehrstechnische Anbindung der Orts- und Mittelzentren des Landkreises an überregionale Netze (Straßen, Schienen und Wasserwege) ist entscheidend für Handel, Logistik und die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Unternehmen.
- **Gründerzentren und Coworking-Strukturen entstehen:**
Um Start-Ups und junge Handwerksbetriebe zu fördern, wollen wir in Absprache mit der lokalen Kreishandwerkerschaft Gründer- und Innovationszentren schaffen sowie zeitlich und räumlich flexible Arbeitsformen (z. B. Coworking) unterstützen – speziell auch in ländlichen Gemeinden, um Neubürger und Unternehmensgründer zu gewinnen.
- **Wirtschaftsförderung als Dienstleistung für KMU ausgeprägt wird:**
Die Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet soll als wirklicher Dienstleister für kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet werden – mit Fokus auf Beratung, Fördermittelvermittlung und Vernetzung. Dies baut auf bestehenden Angeboten zur Fördermittelberatung und Wirtschaftsbetreuung im Landkreis auf. afw-cuxhaven.de

Die AfD stellt in ihren wirtschaftspolitischen Grundsätzen und Wahlprogrammen wiederholt heraus, dass freie unternehmerische Tätigkeit, Bürokratieabbau und eine Stärkung des Mittelstands wichtig sind. In ihrem Bundestagswahlprogramm von 2025 betont die AfD, dass freies Unternehmertum und ein wirtschaftsfreundliches Umfeld zentrale Elemente eines attraktiven Wirtschaftsstandorts sind.

Konkret wird die AfD-Cuxhaven zukünftig Anträge einbringen, die Rahmenbedingungen für Handwerk und Mittelstand verbessern sollen, etwa durch Vereinfachung von Regelungen, Abbau bürokratischer Pflichten und bessere Förderung der dualen Ausbildung.

9. Mittelstand und Handwerk

Unser Landkreis braucht einen starken Mittelstand. Das Handwerk und der Mittelstand stellen einen Großteil der Arbeitsplätze und bilden mit ihrer Flexibilität und Erfindungsreichtum einen regionalen Stabilitätsanker für unsere Wirtschaftsstruktur. Daher ist es eine ständige und kontinuierliche Weiterentwicklung aller Wirtschaftsstandorte im Landkreis Cuxhaven die Grundlage sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche.

- Verfahren mit Behördenbeteiligung, u.a. prüffähige Anträge, Genehmigungen für Schwerlasttransporte oder Anhörungs- und Beteiligungsverfahren müssen zügig bearbeitet werden. Dazu werden wir feste Gütekriterien in der Kreisverwaltung etablieren. Durch die Umsetzung fester Serviceversprechen und Terminzusagen möchten wir verlässliche Verwaltungsleistungen sicherstellen.
- Wir werden uns für eine schnelle und zeitnahe Begleichung von Rechnungen für erbrachte Leistungen für öffentlicher Aufträge im Landkreis einsetzen.
- Die Ausweisung neuer Gewerbeflächen ist gemeinsam zwischen dem Landkreis und Gemeinden zu gestalten.
- Eine gute verkehrstechnische Anbindung, insbesondere der Orts- und Mittelzentren an das Umland, ist für den lokalen Einzelhandel von enormer Bedeutung. Wir wollen den Ausbau wichtiger Wasserstraßen und Schieneninfrastruktur im Landkreis voran bringen, um insbesondere im Norden des Landkreises neue Potenziale für Gewerbebetriebe zu eröffnen.
- Um die Standortattraktivität für angehende Selbstständige und Firmengründer zu erhöhen, setzen wir uns in Absprache mit der lokalen Kreishandwerkerschaft für die Errichtung von Gründerzentren für junge Handwerksunternehmen ein.
- Wir wollen Anreize schaffen, damit Firmen- Neugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden. Wir wollen deshalb das Angebot an zeitlich flexibler und kollaborativer Arbeitsformen (Coworking) im Kreis auszubauen.
- Wir wollen die Wirtschaftsförderung als Dienstleister für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausrichten.

10. Für eine selbstbestimmte und freie Mobilität

Die Alternative für Deutschland spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierten Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnen wir ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss zudem bezahlbar bleiben.

- Die Alternative für Deutschland steht für die Entwicklung und den Ausbau von Schnellwegekonzepten für die unterschiedlichen Verkehrsträger. Die bisher vorhandene Verkehrsinfrastruktur muss erhalten bleiben und bei Bedarf erweitert werden.
- Der Radwegverkehr muss dahingehend ausgebaut werden, dass alle Ortschaften im Landkreis mit dem Rad angefahren werden können.
- Die Bedürfnisse des kleinteiligen Wirtschaftsverkehrs dürfen bei der zukünftigen Verkehrsplanung nicht aus dem Blick geraten. Unsere Ortszentren dürfen die Autofahrer nicht aussperren.
- Verkehrstechnische Maßnahmen mit dem Ziel, den Individualverkehr künstlich zu behindern, lehnen wir grundsätzlich ab. Außerdem sollten abseits von Unfallschwerpunkten Ampelanlagen in Zeiten geringen Verkehrsaufkommen grundsätzlich abgeschaltet werden.
- Unser Ziel ist ein ausgewogener Mix aus individualverkehr und Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV).
- Die öffentlichen Verkehrsangebote in sind in ländlichen Gebieten oft nicht mehr durchsetzungsfähig, so dass viele Dorfgemeinschaften mit neuen innovativen Mobilitätsoptionen das ÖV-Angebot effizient ergänzen. Wir wollen deshalb bürgerschaftliche Mitnahmeverkehre (Mitfahrbänke, Bürgerbusse, lokalem Carsharing) im ländlichen Raum unterstützen.
- Wir stehen fortschrittlichen und sicheren Mobilitätsgarantien offen gegenüber. Den Einsatz von Elektromobilität im ÖPVN lehnen wir ab, solange dieser weder ökonomisch noch in seiner Umweltbilanz mit den bewährten Technologien mithalten kann.

11. Unsere regionale Landwirtschaft stärken

Die Versorgung der eigenen Bevölkerung, sowie die Wirtschaftlichkeit und Wertschöpfung heimischer Lebensmittel, muss gewährleistet sein. Deshalb tritt die AfD für den Erhalt der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, mit dem Ziel einer Versorgungssicherheit mit nationalen und regionalen Produkten ein.

- Die Erzeuger sind in der Lebensmittelkette zu stärken. Dazu gehört auch die Erhaltung attraktiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für Junglandwirte bei der räumlichen Planung und Entwicklung.
- Wir wollen die landwirtschaftliche Direktvermarktung im Landkreis Cuxhaven vereinfachen und stärken, indem wir öffentlich und zentral Anbieter und Nachfrager über Märkte und weitere Verkaufsmöglichkeiten in Abstimmung mit den Kommunen informieren.
- Naturschutz und Landschaftspflege sind kein Gegensatz zur landwirtschaftlichen Nahrungsmittelversorgung.
- Der Ausbau der „erneuerbaren“ Energien ist zu Gunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft einzuschränken. Gesunde Nahrungsmittel sind einer ideologisch begründeten „Energiewende“ vorzuziehen.
- Bewilligungsverfahren für den Bau oder Umbau für eine artgerechte Nutztierhaltung sind unter Einhaltung der Deutschen Tierschutzverordnung deutlich zu beschleunigen.
- Wir wollen eine landesweite „Bildungsinitiative Landwirtschaft“ anstoßen. Bereits der junge Mensch muss wissen, dass die Nahrung nicht aus dem Kühlregal kommt.

12. Mehr Sicherheit und Ordnung in der Region

Die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung durch staatliche Institutionen ist ein Schutzrecht des Bürgers. Polizei, Soldaten und Rettungsdienste verdienen besondere Anerkennung und Würdigung im Landkreis Cuxhaven. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen.

- Wir setzen uns für mehr Klarheit und Ehrlichkeit zum Thema Verlust von Sicherheit in öffentlichen Räumen ein. Man kann nur handeln, wenn klar ist, wo es Handlungsbedarf gibt. Wir wollen regelmäßig die Bürger zu ihrem Sicherheitsgefühl im Landkreis Gifhorn befragen und uns ihren Sorgen annehmen.
- Die Hemmschwelle für Angriffe gegenüber den Beschäftigten von Ordnungsämtern und Rettungsdiensten ist stark gesunken. Beschäftigte in unseren kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren, Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen vor Angriffen besser geschützt werden. Wir fordern die rigorose Verfolgung von Straftaten durch eine enge Zusammenarbeit der kommunalen Akteure mit der Polizei.
- Feuerwehr- und Rettungsdienste sind das Rückgrat eines straffen und gut organisierten Bevölkerungsschutzes. Der Nachwuchsgewinnung und langfristiger Personalbindung muss im Landkreis Cuxhaven eine höhere Bedeutung zukommen. Wir setzen uns deshalb für eine Erhöhung der Förderbeiträge für die Jugendarbeit der Feuerwehren ein und

wollen mit den Vertretern der Rettungsdienste ein Konzept zur Unterstützung ihrer Nachwuchsarbeit erörtern.

13. Umweltschutz und Heimatpflege

Unsere ländlichen Räume sind Kulturräume und als solche schützenswert, sehenswert und lebenswert. Wir sehen uns der natürlichen und historisch gewachsenen regionalen Vielfalt und Eigenart unserer Region verpflichtet.

- Wir wollen einen Fachausschuss für Umwelt und Heimatpflege, in dem alle Maßnahmen der Natur- und Landschaftspflege, Denkmalpflege, Museumswesen, historische Heimatkunde und Brauchtum behandelt werden.
- In der Heimatpflege sehen wir einen wichtigen Beitrag zur Pflege der Verbundenheit mit dem Landkreis Cuxhaven als ein Raum sozialer Zugehörigkeit. Wir fördern und bewahren die Vielfalt der heimischen Kultur, Sprache und Literatur und wollen diese in angemessener Qualität erhalten, weiterentwickeln und allen Menschen zugänglich machen.
- Wir unterstützen die Bereitstellung und finanzielle Sicherung unserer Traditions-, insbesondere Schützenfeste.
- Wir lehnen einen weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis Cuxhaven ab, weil sie die gewachsenen Kulturlandschaften nachhaltig zerstört. Windenergienutzung ist mit den Belangen des Natur- und Artenschutzes unvereinbar, weil diese nachweislich die Biodiversität zerstört.
- Naturschutz lässt sich nur im Einklang zwischen Menschen und Natur realisieren. Deswegen müssen bei der Neuausweisung von Naturschutzgebieten und im Rahmen der Beteiligungsverfahren Öffnungsklauseln für Angler und Jäger möglich sein. Wer Menschen aus der Natur ausgliedert, darf sich nicht wundern, wenn das Verantwortungsbewusstsein für die eigene Umwelt sinkt.

14. Ehrenamt und Vereinswesen unterstützen

Das Ehrenamt ist ein bedeutendes Gut unserer Gesellschaft. Ohne dieses wäre unsere Gesellschaft nicht annähernd so leistungsfähig, im Gegenteil, das Ehrenamt ersetzt mittlerweile oft die Aufgaben des Staates. Deswegen ist das Ehrenamt auch besonders zu unterstützen, zu beschützen und zu erhalten.

- Das gemeinnützige kommunale Ehrenamt, Schützenvereine, Sportförderung, freiwilligen Feuerwehr und die Familien- und Kinderförderung sind bei der Vergabe von freiwilligen Leistungen besonders zu berücksichtigen.

- Kommunale Förderungen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und dürfen lautstarke Minderheiten nicht privilegieren. Die Gewährung von freiwilligen Zuschüssen und Sachleistungen müssen im ausgewogenen Verhältnis zur Mitgliederstärke der Antragsteller stehen.
- Unsere Turn- und Sportvereine leisten im Breitensport einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und fördern die Gesundheit unserer Bürger. Wir wollen daher die Vereine und Verbände so unterstützen, dass sie ihre Anlagen unterhalten können.
- Durch Kooperationen zwischen Landkreis und Sportverbänden mit den Kindergärten und Schulen können Synergieeffekte erzielt werden, so dass Defiziten (Bewegungsman- gel, frühzeitiger Gesundheitsschädigung, sozialer Vereinzelung) entgegengewirkt wird.
- Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbarer Wert für unsere Gesellschaft. Nur ausgebil- dete Trainer können eine nachhaltige und erfolgreiche Vereinsarbeit gewährleisten. Des- halb soll der Qualifikationserwerb durch den Landkreis unterstützt werden.
- Vereinen und Verbänden, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz nicht abgeleitet werden kann, dürfen keine kommunalen Förderungen erhalten. Dazu gehören u.a.: verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen, wie die Antifa, Islamisten und Rechtsextremisten, Gender Mainstreaming und sexuelle Vielfalt, Anti-Kapitalismus-Pro- jekte, linke Pazifismus Forschung, die Förderung illegaler Einwanderung, die Verhöhnung der Opfer von Straftaten durch „Täter-Opfer-Ausgleich“.

15. Integration statt "Bunte Vielfalt"

Die AfD Cuxhaven stellt fest, dass die bisherige Integrationspolitik im Landkreis nicht nur wir- kungslos geblieben ist, sondern vielerorts aktiv Fehlentwicklungen gefördert hat. Unter dem Deckmantel einer sogenannten „bunten Vielfalt“ wurde jahrelang eine Politik betrieben, die Unterschiede künstlich betont, reale Probleme ignoriert und eine Kultur der Anspruchshal- tung gefördert hat. Dieses Vorgehen hat dazu beigetragen, dass sich in Teilen des Landes Paral- lellagen und abgeschottete Milieus entwickeln konnten, die weder unsere Werte teilen noch ein ernsthaftes Interesse daran zeigen, sich in unsere Ordnung einzufügen. Es ist Zeit, dieses fehlgeleitete Konzept klar und unmissverständlich zu beenden.

Für die AfD Cuxhaven steht fest: Integration darf nicht länger als unverbindliche Einladung verstanden werden, sondern muss als klar definierte Verpflichtung gegenüber unserer Gesell- schaft formuliert werden. Wer im Landkreis Cuxhaven leben möchte, hat sich an unsere Spra- che, unsere Rechtsordnung und unsere Leitprinzipien anzupassen. Integration ist keine Auf- gabe, die allein von Kommunen und Steuerzahlern getragen werden kann. Sie beginnt bei den Zuwanderern selbst – mit einer eindeutigen Bereitschaft, sich unserer Kultur zu öffnen, statt

eigene Parallelstrukturen zu verfestigen. Wer sich dieser Grundvoraussetzung verweigert, kann keinen Anspruch auf dauerhafte Unterstützung erheben.

Unsere Heimat ist kein Experimentierfeld für identitätspolitische Projekte. Sie ist gewachsen, kulturell fest verankert und trägt die Verantwortung für den Zusammenhalt unseres Landkreises. Deshalb stärken wir jene Institutionen, die echte Heimat vermitteln: Heimat- und Traditionsvereine, Schützenvereine, Sportvereine und freiwillige Feuerwehren. Diese Organisationen stehen für die Werte, die unseren Landkreis tragen – Verlässlichkeit, Gemeinsinn, Verantwortung und Rechtstreue. Wer Teil unserer Gemeinschaft werden will, findet hier den Weg. Wer dies ablehnt, zeigt, dass er sich der Integration verweigert.

Besonders besorgniserregend ist das Versagen im Bereich der frühkindlichen Bildung. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden und damit von Beginn an benachteiligt sind – zum Schaden aller Beteiligten. Die AfD Cuxhaven fordert eine verpflichtende und nachweisbare Sprachkompetenz vor der Einschulung. Förderprogramme müssen sich strikt an Ergebnissen orientieren; ineffektive Maßnahmen, die lediglich pädagogische Ideologien bedienen, sind konsequent einzustellen.

Unmissverständlich lehnen wir die kommunale Zusammenarbeit mit politischen oder gesellschaftlichen Akteuren ab, die radikale Positionen vertreten, den Rechtsstaat infrage stellen oder Migranten als politisches Werkzeug missbrauchen. Es ist nicht Aufgabe des Landkreises, Strukturen zu stützen, die zu Spaltung, politischer Instrumentalisierung oder Abhängigkeit führen. Wer mit öffentlichen Geldern arbeitet, hat sich strikt an demokratische, rechtsstaatliche und neutrale Grundsätze zu halten.

Die AfD Cuxhaven fordert daher eine umfassende, transparente und ergebnisorientierte Überprüfung sämtlicher Integrationsprojekte im Landkreis. Programme ohne messbaren Nutzen, ohne Rückfluss in die Gesellschaft oder ohne erkennbare Integrationsleistung dürfen nicht länger finanziert werden. Wir werden darauf drängen, dass die Mittel der Steuerzahler ausschließlich für Maßnahmen eingesetzt werden, die Integration tatsächlich ermöglichen – und nicht für eine wachsende, kostspielige Integrationsindustrie, die vor allem sich selbst erhält.

Integration im Landkreis Cuxhaven braucht endlich Klarheit, Konsequenz und Ehrlichkeit. Wir setzen uns für eine Politik ein, die unsere Heimat schützt, die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt und diejenigen unterstützt, die bereit sind, ihren Beitrag zu einer funktionierenden, stabilen und rechtsstaatlichen Gemeinschaft zu leisten.

16. Asyl

Wir bekennen uns uneingeschränkt und mit voller Überzeugung zum Recht auf (individuelles) Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Wir kritisieren jedoch, dass das Asylrecht sinn- und gesetzeswidrig zu einem Instrument für massenhafte Einwanderung umfunktioniert worden ist.

Wir sind nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen und treten auf allen politischen Ebenen, auch im Landkreis Gifhorn für Korrekturen dieser Fehler und gegen einen weiteren Funktionswandel des Asylrechts ein. Nicht erst seit 2015 ist das europäische Asylsystem ins Wanken geraten. Immer mehr verschwimmen die Grenzen zwischen echten Asylsuchenden und Trittbrettfahrern, sog. Wirtschaftsmigranten. Das führt zum einen dazu, dass der Ruf von Asylbewerbern massiv beschädigt wird. Zum anderen bleibt immer weniger Geld für wirkliche Hilfe übrig. Während die deutsche Entwicklungshilfe die Push-Faktoren der Flucht endlich in den Griff bekommen muss, verbleibt es in der Verantwortung der Kommune einen Teil der Pull-Faktoren hierzulande zu vermindern.

- Wir fordern eine Beendigung der Duldungspraxis ausreisepflichtiger Ausländer durch die kommunalen Ausländerbehörden. Die verbreitete Abschiebeverweigerung durch Ausländerbehörden ist zu beenden.
- Der Vollzug der Ausreisepflicht von Ausländern ohne Bleiberecht ist unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten konsequent umzusetzen, Kettenduldungen müssen beendet werden. Ausreisepflichtige Ausländer sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zentral unterzubringen.
- Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, die ausreisepflichtigen Migranten/ Asylbewerber auf ihre Rückkehr vorbereiten. Wir wollen daher die „Stabsstelle Integration“ in „Stabsstelle für Asyl und Remigration“ umwandeln. Die Ehrenamtskoordination (Flüchtlingshilfe) ist ersatzlos zu streichen.
- Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, Asylbewerber mit Sachleistungen statt Geldleistungen zu versorgen.
- Wir sprechen uns gegen die Selbstdeklaration niedersächsischer Städte, wie die Stadt Gifhorn, zu „sicheren Häfen“ für Migranten aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Die Forderung von Lokalpolitikern, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten in den Landkreis zu holen, ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden.

17. Solide Finanzen

Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir können selbst am besten darüber (mit)entscheiden, wofür wir unsere verfügbaren Mittel verwenden wollen. Wir wehren uns daher gegen die zu-

nehmende Entmündigung durch steigende Steuerbelastungen und die kalte Enteignung durch Inflation.

- Der Haushalt des Landkreis Cuxhaven muss auch für die steuerzahlenden Bürger transparenter werden, so dass sich diese ein eigenes Bild über die Verwendung ihrer Zwangsabgaben verschaffen können.
- Der Abstimmungsprozess und die Festlegung der Kreisumlage wie auch deren geplante Verwendung sollen unter Information der Öffentlichkeit und in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden stattfinden.
- Nur ein schuldenfreier Haushalt ist ein nachhaltiger Haushalt. Es darf nicht mehr ausgegeben werden als vorher eingenommen wurde. Nur so haben nachkommende Generationen frei von finanziellen Belastungen die Chance darüber zu entscheiden, was für sie wichtig ist. Das Schneeballsystem einer steigenden Verschuldung muss gestoppt, und gesenkt werden, Ausgaben reguliert und überwacht werden.
- Wahrung des Konnexitätsprinzips: Die von Bund und Land übertragenen Aufgaben sind durch diese vollständig zu finanzieren. Der Landrat und die Kreisverwaltung haben sich bei der gesetzgebenden Politik dafür einzusetzen.
- Sämtliche Förderungen und freiwilligen Aufgaben des Kreises müssen einer ergebnisorientierten Prüfung unterworfen werden. Grundsätzlich wollen wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten alle ideologisch motivierten Ausgaben unverzüglich streichen. Einsparungen im Haushalt sollen zugunsten der Städte und Gemeinden erzielt werden.